► Altersversorgung

Direktversicherung: Abtretung der künftigen Erlebensfalleistung

| Bei einer zur betrieblichen Altersversorgung abgeschlossenen Direktversicherung unterliegt die Abtretung des Anspruchs auf Auszahlung der Versicherungsleistung, der mit dem Eintritt des Versorgungsfalls fällig wird, nicht dem Verbot des § 2 Abs. 2 S. 4 BetrAVG. Das hat der BGH klargestellt und die Abtretung der künftigen Erlebensfalleistung für wirksam erachtet. |

Hintergrund | Nach § 2 Abs. 2 S. 4 BetrAVG darf der ausgeschiedene Arbeitnehmer die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag in Höhe des durch Beitragszahlungen des Arbeitgebers gebildeten geschäftsplanmäßigen Deckungskapitals weder abtreten noch beleihen. In dieser Höhe darf der Rückkaufswert aufgrund einer Kündigung des Versicherungsvertrags nicht in Anspruch genommen werden; vielmehr wird der Vertrag im Falle einer Kündigung in eine prämienfreie Versicherung umgewandelt. Allerdings gilt die Verfügungsbeschränkung des § 2 Abs. 2 S. 4 BetrAVG nicht mehr, wenn die Versorgungsanwartschaft zum Vollrecht erstarkt ist, so der BGH (Urteil vom 20.05.2020, Az. IV ZR 151/19, Abruf-Nr. 216223).

Sprich: § 2 Abs. 2 S. 4 BetrAVG verbietet nur vorzeitige Verfügungen. Sie dient allein dem Schutz der Anwartschaft. Sie steht somit einer Abtretung der künftigen Erlebensfalleistung nicht entgegen. Der ausgeschiedene Arbeitnehmer kann die künftige Erlebensfalleistung wirksam abtreten.

► Altersversorgung

Durch den Erben weitergeführte Direktversicherung

| Der Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge wird nicht verlassen, wenn ein Erbe eine Direktversicherung weiterführt, nachdem er gesetzlich in die Stellung als VN durch Gesamtrechtsnachfolge (§ 1922 Abs. 1 BGB) eingetrückt ist, ohne dass die vertraglichen Regelungen angepasst wurden. Die an den Erben ausgezahlte Kapitalleistung ist ein in der Kranken- und Pflegeversicherung beitragspflichtiger Versorgungsbezug nach § 229 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 und S. 3 SGB. Zu dem Ergebnis gelangt das LSG Baden-Württemberg (Urteil vom 14.02.2020, Az. L 4 KR 1652/18, Abruf-Nr. 215985). |

► Kfz-Steuer

Antrag auf Kfz-Steuerbefreiung durch den Erben des Halters

| War der Erblasser Halter eines Kfz und schwerbehindert mit Merkzeichen „H“, „Bl“ oder „aG“ (Personenkreis nach § 3a KraftStG), geht das Antragsrecht für die rückwirkende Gewährung der Kfz-Steuerbefreiung auf den Rechtsnachfolger über. So entschied das FG Baden-Württemberg (Urteil vom 18.10.2019, Az. 13 K 1012/18, Abruf-Nr. 214447). Das letzte Wort hat jedoch der BFH (Az. beim BFH: IV R 38/19). |

Verfügungs-
beschränkung
schließt Voraus-
abtretung nicht aus

Ausgezahlte
Kapitalleistung
beitragspflichtig

Das letzte Wort
hat der BFH